

Inhaltsverzeichnis.

I. Beschluß der Bürgerschaft vom 3. April 1907	S. 253.
II. Mitteilung des Senats vom 5. April 1907:	
1. Gewerbliche Schulen	" 255.
2. Neubau des Technikums	" 255.
3. Antrag wegen Beamtengehälte	" 255.
4. Dienstwohnungen für Grenzaufsichtsbeamte in Mittelsbüren	" 255.
5. Instandsetzung des Hauses Ausgaritorstraße 15 für Zwecke des Generalsteuerramtes, sowie Erweiterung der Diensträume der Golddirektion	" 257.
6. Sonntagsgelder in Bremerhaven	" 257.
7. Seefahrtsschule	" 259.
8. Erweiterung und Unterhaltung der Gas- und Wasserrohrleitungen und des Kabelnetzes der Erleuchtungs- und Wasserwerke	" 260.
9. Überschreitung einiger Posten des Spezialbudgets Nr. 77 der Schuldeputation	" 271.

Beschluß der Bürgerschaft

vom 3. April 1907.

1. Einheitspreis für Gas.

Die Bürgerschaft beschließt die Einführung eines Einheitspreises von 13,5 $\mathfrak{h}$ für 1 cbm Gas ab 1. April bezw. 21. bis 30. März d. J. und ersucht den Senat, ihr hierin beizutreten.

2. Dienstwohnung für den Leiter der Feuerwehr in Bremerhaven.

Die Bürgerschaft lehnt das vorgelegte Projekt, als über das Wohnungsbedürfnis des betreffenden Beamten weit hinausgehend, ab. Sie ersucht um Vorlage eines neuen billigeren, auch in architektonischer Beziehung vereinfachten Bauprojektes mit einem Kostenaufwande zum Höchstbetrage von 15 000 $\mathfrak{M}$.

3. Antrag des Bürgeramts auf Nachbewilligung.

Die Bürgerschaft beschließt auf Grund des in der Anlage enthaltenen und begründeten Antrages des Bürgeramts eine Nachbewilligung von 1000 $\mathfrak{M}$ für die Ausgaben des Bürgeramts im Rechnungsjahr 1906 und ersucht den Senat, ihr hierin beizutreten.

Antrag.

Anlage.

Die Ausgaben des Bürgeramts im Rechnungsjahre 1906 werden die bewilligte Summe um annähernd 1000 $\mathfrak{M}$ übersteigen. Die Mehrausgaben sind vor allem verursacht worden durch die ungewöhnlich hohe Zahl der Bürgerchaftssitzungen (im Kalenderjahre 1906 45, eine Zahl, die bisher noch nicht erreicht wurde). Das Honorar für die Hilfsstenographen stellt sich um 287,50 $\mathfrak{M}$, die Ausgabe für Druckfachen und Vermischtes um zirka 400 $\mathfrak{M}$, die für Schreibbedarf um etwa 5 $\mathfrak{M}$ über den Voranschlag. Dazu kommt das Honorar für den stellvertretenden Archivar für 1½ Monate im Betrage von 225 $\mathfrak{M}$. Das Bürgeramt beantragt daher die Nachbewilligung von 1000 $\mathfrak{M}$.

4. Antrag wegen Beamtengehälte.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation, betreffend die Regulierung der Beamtengehälte, zu beauftragen, ihre Berichterstattung zu beschleunigen und eventuell gesondert zu berichten, weshalb die Berichterstattung sich so verzögert hat.

5. Gefangenen-Transportwagen.

Die Bürgerschaft verweist den Bericht der Polizeidirektion mit der Erklärung des Senats sowie die in der Bürgerschaft hierzu gestellten Anträge zur Prüfung und Berichterstattung an eine Kommission von 9 Mitgliedern. Sie ersucht den Senat, sich bei den Verhandlungen kommissarisch vertreten zu lassen.

6. Katasteramt.

Die Bürgerschaft genehmigt, daß im Budget des Katasteramts (Spezial-Budget Nr. 72) die Position „Katasterarbeiten“ mit den Positionen „Schreib- und Zeichenbedarf“, „Druckkosten und Buchbinder“ und „Verschiedenes“ für übertragbar erklärt werden.

7. Wahlen zur Kammer für Kleinhandel.

Die Bürgerschaft bewilligt nachträglich 317,70 M. zu den Kosten der Vorbereitung der Wahlen zur Kammer für Kleinhandel.

8. Gewerbliche Schulen.

Die Bürgerschaft genehmigt die Anschaffung von 135 Zeichentischen und von 14 Apparaten des in dem Bericht der Schuldeputation vom 22. März 1907 (Verhdlg. S. 197) näher bezeichneten Gasglühlichts und die Entnahme der Kosten von zusammen 2506,50 M. aus den Ersparnissen beim Inventarfonds.

9. Neubau des Technikums.

Die Bürgerschaft genehmigt die Anschaffung der in dem Bericht der Behörde für das Technikum (Verhdlg. S. 197—199) aufgeführten Gegenstände und die Entnahme der erforderlichen Kosten im Betrage von 4400 M. aus dem Inventarfonds.

10. Spülklosettanlagen.

Die Bürgerschaft beschließt auf die in das laufende Budget als außerordentliche Ausgabe eingestellte VII. Rate von 16 000 M. für Spülklosettanlagen 17 000 M. nachzubewilligen.

11. Austausch von Grundflächen zur Durchführung eines Straßenplanes zwischen Nordstraße und Bremerhavenerstraße.

Die Bürgerschaft setzt die Verhandlung über diesen Gegenstand aus und ersucht den Senat, sich bei der Weiterverhandlung kommissarisch vertreten zu lassen.

12. Gewerbemuseum (Dresdener Ausstellung).

Die Bürgerschaft ist damit einverstanden, daß die von der zur Ausführung der Bremer Abteilung der Dresdener Ausstellung von 1906 bewilligten Summe ersparten 885,56 M. zur Anschaffung der in der Mitteilung des Senats vom 22. März 1907 bezeichneten kunstgewerblichen Gegenstände verwendet werden.

13. Regierungskanzlei.

Die Bürgerschaft beschließt die Übertragbarkeit der Positionen I Gehalte, Schreiber, II 4 Prüfung von Seelenten und II 5 Prüfung von Maschinisten mit den übrigen Positionen der „Sachlichen Ausgaben“ des Budgets der Regierungskanzlei und die Nachbewilligung von 2500 M. auf die Positionen II 1 Druckkosten und II 6 Vermischtes der „Sachlichen Ausgaben“ desselben Budgets.

14. Enteignung von Planstraßengrund zur Anlegung eines Teiles der Mittelkampstraße.

Die Bürgerschaft genehmigt, daß dem Kaufmann Moses Schragenheim das in der Mitteilung des Senats vom 22. März 1907 näher bezeichnete Enteignungsrecht zugesprochen wird, mit der Maßgabe, daß das Enteignungsverfahren spätestens innerhalb zwei Wochen nach der Genehmigung des Antrages bei Vermeidung des Verlustes des Enteignungsrechtes einzuleiten ist.

Mitteilung des Senats

vom 5. April 1907.

1. Gewerbliche Schulen.

2. Neubau des Technikums.

Der Senat tritt dem Beschlusse der Bürgerschaft zu den obengenannten Gegenständen vom 3. d. Mts. bei.

3. Antrag wegen Beamtengehälte.

Der Senat hat die Deputation wegen der Beamtengehälte mit der von der Bürgerschaft gewünschten Berichterstattung beauftragt.

4. Dienstwohnungen für Grenzaufsichtsbeamte in Mittelsbüren.

Die Kommission für Zollangelegenheiten hat dem Senate folgenden Bericht erstattet:

„Schon seit Jahren hat die Unterbringung der beiden Grenzaufsichtsbeamten (ein Grenzaufseher und ein Bootsführer) in Mittelsbüren aus Mangel an verfügbaren Wohnungen fortwährend Schwierigkeiten und Klagen hervorgerufen. Für keinen der beiden Beamten ist es möglich gewesen, selbst bei Aufwendung erheblich höherer Mietätze geeignete Unterkunft zu erhalten. Eine Aufhebung der Grenzaufsichtsstation Mittelsbüren und eine Überführung der beiden Beamten auf eine andere Station erscheint nicht angängig, weil alsdann die Grenzbewachung des Verkehrs auf der Weiser unvollständig werden würde.

Unter diesen Umständen war von der Zollverwaltung bereits ins Auge gefaßt worden, bei Senat und Bürgerschaft den Ankauf eines Grundstücks zu beantragen, um darauf Wohnungen für die beiden Grenzaufsichtsbeamten zu erbauen, als sich eine Gelegenheit bot, das gewünschte Ziel unter Aufwendung geringerer Mittel zu erreichen.

Der Pastor der Gemeinden Mittelsbüren und Grambke, der gegenwärtig in Mittelsbüren wohnt, verlegt seinen Wohnsitz nach Grambke. Die beiden Gemeinden, die das Pfarrhaus in Mittelsbüren in Dach und Fach zu unterhalten haben, während dem Pastoren die innere Unterhaltung obliegt, haben es dem Pastoren überlassen, das Haus durch Vermietung zu verwerten. Die Übersiedelung nach Grambke ist nur dem jetzigen Pastoren gestattet worden.